



### **Montgomery fordert Erhalt des schulärztlichen Dienstes**

### **Stadt stiehlt sich aus ihrer Verantwortung**

Ärztammerpräsident Dr. Frank Ulrich Montgomery kritisiert erneut die vom Senat geplante Einsparung beim schulärztlichen Dienst: „Ich finde es ungeheuerlich, dass in einer Stadt, in der Kinder verhungern, das einzige Instrument aus der Hand gegeben wird, alle Kinder vor ihrer Einschulung zu untersuchen.“ Der schulärztliche Dienst der Bezirke sei mit den Jugendämtern vernetzt – wenn Eltern trotz Aufforderung zu der Schuleingangsuntersuchung nicht erschienen oder bei den Untersuchungen ein Verdacht auf Kindeswohlgefährdung auftauche, hätte das sofort Konsequenzen. Die Alternative, die Untersuchungen von niedergelassenen Kinder- und Jugendärzten durchführen zu lassen, „ist mit denen gar nicht abgestimmt und ginge im Übrigen auch zu Lasten aller Hamburger Ärztinnen und Ärzte, weil die Frage der Finanzierung völlig ungeklärt ist“, so Montgomery. Und weiter: „Der Senat stiehlt sich aus einer ganz grundlegenden Verantwortung für die Kinder der Stadt, weil er sich mit Leuchtturmprojekten wie Elbphilharmonie und Stadtbahn übernommen hat.“

In einem zunächst auf zwei Jahre befristeten Modellprojekt hat die Stadt Hamburg ein Erinnerungs- und Meldewesen für die Vorsorgeuntersuchungen U6 und U7 eingeführt. Die Ärztekammer hatte das als zu wenig kritisiert und fühlt sich nun bestätigt: Die U7 findet um den zweiten Geburtstag herum statt. „Es war schon unbefriedigend, dass es in den vier Jahren zwischen U7 und Schuleingangsuntersuchung keine verbindliche Kontrolle mehr gab, ob sich die Kinder gut und gesund entwickeln. Diese nun auch noch abzuschaffen zeigt absolute Gleichgültigkeit gegenüber den Kindern, die von ihren Eltern nicht optimal betreut werden“, so der Kammerpräsident. Das seien nur wenige, „aber die dürfen wir doch nicht einfach aufgeben“.

Abgesehen von den schlimmen Fällen von Kindesmisshandlung oder –vernachlässigung, erhielten die Mediziner in der Schuleingangsuntersuchung nicht selten Hinweise auf Adipositas, Allergien oder chronische Erkrankungen, die bislang nicht erkannt wurden, weil die Eltern ihre Kinder noch nicht zum Arzt gebracht haben.

### **Pressestelle der Ärztekammer Hamburg**

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf / 21. September 2010

**Pressestelle  
der Hamburger Ärzteschaft**

**Telefon 040/ 20 22 99 200**

Fax 040/ 20 22 99 400

presse@aekeh.de